Nummer 153 — Halle, Sonntag, den 14. Mai 1922 — 57. Jahrgang

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die Saale-Zeitung erscheint wöchentlich siebenmal und zwar am Frühblatt. Die Bezugsgebühr beträgt in Stadt und Land sowie durch die Post bei freier Zustellung monatlich M. 13.00, in den Ausgabestellen abgeholt M. 14.00 monatlich. Die achtgespaltene Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Ortsverkehr M. 2.00, im auswärtigen Verkehr M. 2.50. Reklamen die millimeterspaltige Zeile M. 6.00 im Ortsverkehr und M. 8.00 im auswärtigen Verkehr. Anzeigen-Schluß: Vier Uhr nachmittags.

Geschäfts-Gebäude: Halle a. S., Neue Promenade 1a und Große Brauhausstraße 17. Fernsprecher-Sammelnummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale". Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Steckner, Halle a. S. Postscheck-Konto: Leipzig 22815. Erfüllungsort und Gerichtsstand: Halle a. S. Bezugskündigungen sind nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluß des laufenden Monats zulässig.

Pariser Drängen auf Tagungsschluß.

Kein amerikanisches Geld ohne Verzicht auf die Ruhrbesetzung — Dr. Hermes in Paris Genua als Fälschungsobjekt für „Dr. Anspach" — Eröffnung der Münchner Gewerbeschau.

Fortschritte zur Einigung.

Unterredung Lloyd Georges mit Barthou.

Genua, 13. Mai. Nachmittags hatten Lloyd George und Barthou eine zweistündige Unterredung. Im Anschluß daran wurde von 6 bis 8 Uhr eine Sitzung der Unterkommission der ersten Kommission abgehalten, in der besonders die Vertreter der anderen Mächte Gelegenheit erhielten, ihre Auffassung vorzulegen. Lloyd George und Barthou erklärten heute, es sei bei ihrer Unterredung ein guter Fortschritt auf dem Wege zu einer Einigung erzielt worden. Morgen mittag findet eine Beratung der Vertreter der einladenden Mächte statt. Am Montag vormittag wird die Unterkommission wieder zu einer Sitzung zusammentreten.

Liquidations-Sorgen.

Das verpönte Genua.

Paris, 13. Mai. Wie das Journal mitteilt, glaubt man in französischen offiziellen Kreise, daß heute über das Schicksal der Genueser Konferenz entschieden werde. Ueber die Notwendigkeit zu einem Ende zu gelangen, scheine keine Erörterung möglich. Es bleibe nur die Frage, wie man die Liquidierung vollziehe. Barthou erhielt feste Weisungen. Zunächst wurde festgestellt, daß die französische Delegation sich an keiner Debatte beteiligen könne, die sich mit der Antwort auf das Memorandum an die Sowjetregierung beschäftige. Die französische Beteiligung müsse sich also auf die allgemeine Entwicklung der Konferenz, so wie sie sich aus den letzten Zwischenfällen ergäbe, beschränken. Barthou wurde aufgefordert, eine Aenderung des Verfahrens vorzuschlagen. Statt die Berufung des Unterausschusses für die russischen Angelegenheiten verlange Frankreich die Berufung des politischen Ausschusses. Dadurch komme man aus dem begrenzten Rahmen der Mächte heraus, die die Bedingungen an die Moskauer Regierung stellen. Auch hier sei der Zweck, die Mächte der Kleinen Entente und die Neutralen an einem endgültigen Entschluß zu beteiligen. Die französische Regierung könne die Zusammenberufung eines gemischten Sachverständigen-Ausschusses, dem die Bolschewisten angehörten, nicht annehmen.

Nach dem Petit Parisien wird die Einsetzung dieses Ausschusses französischerseits nur angenommen werden, wenn er nur alliierte und neutrale Sachverständige umfaßt und sich nicht in Genua vereinigt und wenn eine gewisse Zeit verstreiche, bevor er mit seiner Arbeit beginne. Schließlich soll der Ausschuß nach französischer Absicht nicht selbst entscheiden, sondern nur den Regierungen Vorschläge unterbreiten.

Amerikas Bedingung für die Reparationsanleihe.

Paris, 13. Mai. Nach der Chicago Tribune wird der von Morgan vertretene amerikanische Standpunkt, Frankreich und Belgien hätten, wenn eine Reparationsanleihe in den Vereinigten Staaten zustande kommen sollte, sich zu verpflichten, kein weiteres deutsches Gebiet zu besetzen, von Sir Robert Kinderley, dem englischen Delegierten und wahrscheinlich auch von Dr. Fischering und Damelio geteilt.

Englische Hoffnungen.

Zur Pariser Reise des Ministers Hermes.

Der Pariser Berichterstatter der Daily News schreibt, man hoffe doch, daß durch die Verhandlungen, die der deutsche Finanzminister Dr. Hermes einleiten würde, Frankreich vor dem 31. Mai Grund haben werde, um seine Meinung über die Bereitschaft Deutschlands, seinen Verpflichtungen nachzukommen, zu ändern. Vielleicht werde auch die Konferenz der französischen Minister, die am 25. Mai in Paris beginnt, zur Gewährung einer beträchtlichen Anleihe an Deutschland führen. Frankreich werde dann Aussicht haben, unverzüglich einen Teil des ihm geschuldeten Geldes zu erhalten.

Beginn der Verhandlungen am Montag.

Paris, 13. Mai. Reichsminister Dr. Hermes hat heute nachmittag dem Vorsitzenden der Reparationskommission, dem französischen Delegierten Dubois, einen Besuch gemacht. Die sachliche Beratung mit den Mitgliedern der Reparationskommission soll am Montag vormittag erfolgen.

Ost-Grenzen-Fragen.

Genua, 13. Mai. Corriere della Sera meldet: Die Kleine Entente hat gestern nachmittag in einer Zusammenkunft über die in der politischen Unterkommission zu beobachtende Haltung bezüglich der Festsetzung der östlichen Grenze beraten. Anscheinend hat der polnische Außenminister Skirmunt aus Warschau Instruktionen erhalten, durch die die polnische Delegation beauftragt wird, sich mit allen Kräften einer summarischen Erledigung des littauischen und galizischen Problems zu widersetzen. Skirmunt hat sogar die Möglichkeit erwogen, daß die Polen die Konferenz verlassen. Die französische Delegation ließ gestern abend mitteilen, daß sie sich einer Diskussion der Frage der östlichen Grenzen durch die politische Unterkommission widersetze. Es ist möglich, daß, falls der englische Premierminister darauf besteht, das Problem der östlichen Grenzen, wenigstens soweit die polnisch-litauische Grenze und das Regime in Ostgalizien in Frage komme, geregelt zu sehen, verschiedene in der Unterkommission vertretenen Mächte auf Grund der gestern in der Verhandlung der Kleinen Entente gefaßten Beschlüsse die Unzuständigkeit dieses Organs zur Lösung des Problems erklären werden. Auf englischer Seite wurde erklärt, daß die Konferenz sich mit dem ostgalizischen und dem littauischen Problem befassen solle. Es ist am Platze, klarzustellen, daß der englische Premierminister nicht eine Aenderung der Grenzen beabsichtigt. Er wünscht nur, daß endlich für Ostgalizien die Autonomie der Verwaltung, vielleicht auch der Gesetzgebung unter polnischer Souveränität erklärt werde. Seitens Polens ist man bereit, der Autonomie der Verwaltung zuzustimmen, aber man steht dem Projekt einer gesetzgeberischen Autonomie und der Schaffung eines Landtages in Lemberg feindlich gegenüber.

Deutsche Zahlungen an Rumänien.

Bukarest, 13. Mai. Da der Friedensvertrag von Versailles Deutschland verpflichtet, Rumänien den Wert der während der Besetzung Rumäniens ausgegebenen Geldmerkzeichen, insgesamt 2 Milliarden 800 Millionen zurückzuerstatten, begannen in Bukarest zwischen der deutschen Sonderdelegation und Vertretern der rumänischen Regierung diesbezügliche Verhandlungen.

Das Korridor-Abkommen.

Berlin, 13. Mai. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, verzögerte sich der Austausch der Ratifikationsurkunden des Korridor-Abkommens. Die Urkunden wurden nun in Paris niedergelegt. In dem Vertrage ist vorgesehen, daß er erst nach Ablauf von sechs Monaten nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten soll. Es wurde aber eine Verständigung darüber erzielt, daß der Korridorvertrag, soweit er die Eisenbahnen betrifft, bereits am 1. Juni in Kraft tritt. Der Verkehr wird auch auf den Linien gefahren, die bisher vom Korridorverkehr ausgeschlossen waren. Es sind das folgende Linien, die für den privilegierten Verkehr in Frage kommen: Lauenburg—Danzig—Dirschau—Marienburg; Konitz—Dirschau—Marienburg; Konitz—Dirschau—Marienburg; Schneidemühl—Bromberg—Thorn—Deutsch-Eylau; Schwiebus—Bentschen—Posen—Thorn; Züllichau—Bentschen—Posen—Thorn—Deutsch-Eylau; Nawitsch—Lissa—Posen; Fraustadt—Lissa; Krotoschin—Kreisen—Deutsch-Eylau; ferner: Garnsee—Marienburg—Danzig und endlich Deutsch-Eylau—Marienburg—Danzig. Auf diesen Linien kann ohne Paß und ohne Personalausweis gefahren werden. Weitere Bestimmungen über den Schiffahrtsverkehr und den Verkehr mit Motorbooten und Kraftwagen sollen drei Monate nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft treten.

Eröffnung der Gewerbeschau.

Eine Rede des Ministers Köster.

München, 13. April. Die deutsche Gewerbeschau wurde heute mittag in den Ausstellungshallen auf der Theresienhöhe in Anwesenheit einer großen Zahl von Ehrengästen eröffnet. Der bayerische Ministerpräsident wies in einer Rede auf die Bedeutung der Gewerbeschau als deutsches Unternehmen hin. Staat und Wirtschaft arbeiten auch hier zusammen und der Geleitswunsch der bayerischen Regierung sei, daß diese Zusammenarbeit zum reichen Gelingen und zum allgemeinen Wohle ausschlage.

Hierauf übermittelte Dr. Köster die Grüße und Wünsche der Reichsregierung, welche hoffe, daß aus dieser Gewerbeschau für München, für Bayern und für Deutschland erblühen möge, was die weitsichtigen Veranstalter mit ihr beabsichtigen. Die deutsche Gewerbeschau ist ein Abbild machtvoll aufsteigender bayerischer und deutscher Entwicklung. Sie ist ein Zeichen der steigenden Leistung Münchens und Bayerns für das gesamte Reich. Aus dem verlorenen Kriege, aus den Fesseln des Vertrages, der nur durch einen Rechtsbruch möglich war, aus den Jahren tiefster wirtschaftlicher, politischer und seelischer Depression steigt es langsam aufwärts, unzerstörbar und sprotzend aller Ketten, die deutsche Arbeit und das deutsche Können. Sie wollen zeigen das gewerbliche Können, aber gewissermaßen nur das beseelte, das künstlerisch beseelte Können und sie sind mit Recht der Ansicht, daß in diesem qualitativen Können ein Schatz ruht, der die deutsche Wirtschaft auch dann noch anziehungskräftig erhalten wird, wenn die valutarischen und anderen Gründe unserer heute so gesteigerten Exportfähigkeit wegfallen sind.

Das sächsische Gesamtministerium hat den Antrag auf Zulassung des Volksbegehrs auf Landtagsauflösung zugelassen. Die Abstimmungsfrist läuft vom 6. bis 19. Juni.

Der Ausstand der Bergarbeiter im Dortmunder Revier ist beendet. Die Belegschaften der vom Streik betroffenen Zechen sind zur Sonnabend-Frühschicht sämtlich vollzählig erschienen. Auf einer Zeche konnten die Belegschaften wegen Reparatur des Schachtes noch nicht anfahren.

Das sterbende Genua.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Konferenz von Genua liegt in den letzten Zügen. Daran kann wohl kaum noch gezweifelt werden. Die russische Antwort hat ihr sozusagen den Todesstoß versetzt. Es ist immerhin nützlich, sich über den Charakter dieser Antwort politisch klar zu werden. Die Entente war sich im ganzen Verlauf der Auseinandersetzungen mit den Russen der Ueberlegenheit ihrer Position bewußt. Die Russen wären nicht nach Genua gekommen, wenn sie nicht das westeuropäische Geld brauchten, um ihre Wirtschaft wieder aufzurichten. Im Verkehrswesen und in der Industrie sind die Zustände noch wie vor trostlos, der vorhandene Staatsschatz ist ausgegeben, und selbst die letzte Rate der aus dem Frieden von Riga fälligen Goldzahlung an Polen konnte nicht mehr getätigt werden. Noch trostloser ist der Zustand der russischen Landwirtschaft, des früher so starken Rückgrates dieses großen Landes. Die Leiden des Volkes haben psychologisch sozusagen das Stadium der Verzweiflung schon überschritten. Die Entente kannte den wahren Zustand Rußlands, und sie glaubte daher die Russen vollkommen in der Hand zu haben. Sie weiß sehr wohl, daß die theoretische Anerkennung der früheren Zarenschulden und das Zugeständnis einer Entschädigung für die nationalisierten ausländischen Betriebe zunächst rein akademisch sein würde. Von einer praktischen Zinsenzahlung und Schuldentilgung für die Anleihen kann nicht die Rede sein. Anders liegt es bei den Entschädigungen. Hier würde die Entente sofort die Hand auf früheren Besitz legen, und ihre Angehörigen hätten sozusagen die Trümpfe in der Hand, wenn es in Rußland wieder bergauf geht. Da die Russen Kredit um jeden Preis brauchen, nahm man an, daß sie auch die härtesten Bedingungen schlucken würden. Insofern bedeutet die Antwort Tschitscherins eine völlige Niederlage des belgisch-französischen Standpunktes. Die Russen denken nicht daran, so miserabel es ihnen auch geht, ihre Grundsätze preiszugeben. Es liegt etwas Herrliches in dieser Haltung, selbst wenn man den Standpunkt des Kollektivismus, wie ihn Rußland vertritt, für das Verhängnisvollste hält, was einer Wirtschaft passieren kann. Sie verteidigen das Prinzip des Sozialismus, wie sie ihn verstehen, bis zum äußersten.

Aber auch sonst war die Russenantwort energischer ausgefallen, als man wohl erwartet hatte. Herr Tschitscherin erweist sich in ihr wieder einmal als alter verschlagener Diplomat. Seine Randbemerkungen sind von einer logischen Schärfe und von bezwingender Beweiskraft, so daß man sie fast mit einem ästhetischen Genuß lesen kann. Bis in den kleinsten Nebensatz des Memorandums hinein untersucht er, ob überall die Gleichberechtigung gewahrt worden ist, und schließlich schlägt er die Entente mit ihren eigenen Waffen, indem er ihr ihre Verstöße gegen die Resolution von Cannes nachweist. Poincare wird den Wunsch nicht unterdrücken können, diesen diplomatischen Routinier in der Reparationskommission zu haben. Ihm würde sicher kein Verstoß Deutschlands entgehen. Nun aber steht Herr Tschitscherin am anderen Lager! Das ist eine fatale Sache, aber immerhin ist es bezeichnend, für den Respekt, den sich die Russen erworben haben, daß die Franzosen damit einverstanden sind, die russische Frage jetzt in einem besonderen Sachverständigen-Ausschuß weiter zu beraten. Zunächst freilich ereignete sich ein heiteres Zwischenspiel. Die französische Delegation war angewiesen worden, die politische Unterkommission zu verlassen. Sie folgte also errötend den Spuren Deutschlands! Ohne Ironie scheint es in der Weltgeschichte nicht abzugehen.

Der Sachverständigenausschuß über die Weiterberatung der russischen Frage braucht natürlich nicht in Genua zu tagen. Es scheint sogar, daß die Franzosen Wert darauf legen, daß ein anderer Ort gewählt wird. Auch die kleine Entente setzt sich dafür ein. Nun wären eigentlich in Genua noch verschiedene Fragen zu regeln. Da ist zunächst der sogenannte Friedenspakt und schließlich das Problem der polnischen Grenzen. Lloyd George scheint noch verzweifelt dafür zu kämpfen, daß wenigstens der Friedenspakt in irgendeiner Form zustande kommt. Die Unterredungen, die zwischen ihm und der deutschen Delegation stattgefunden haben, bezogen sich ausschließlich auf den Friedenspakt. Die englische Presse hat noch sochen für den Abschluß dieses Paktes lebhaft Stimmung gemacht. England hat ja auch alles Interesse daran, bei seinen ungeheuren Interessen in Zentralasien die Russen wenigstens in irgend einer Form zu binden. Es scheint aber schon heute festzustehen, daß eine Erörterung der polnischen Grenzen nicht möglich erscheint. Die Polen haben offen gedroht, in diesem Falle, d. h. im Falle der Erörterung der Grenzfrage, abzureisen. Bei der intimen Verbindung zwischen Polen und Frankreich erscheint es ausgeschlossen, daß Frankreich sich hier von Polen trennen würde. Wenn aber die polnische Grenzfrage unerörtert bleibt, dann ist es sehr wohl möglich, daß die Russen auf ihre Unterschrift unter den Friedenspakt verzichten. So wenig wie Deutschland noch einmal den Frieden von Versailles ausdrücklich anerkennen kann, so wenig vermögen die Russen von sich aus freiwillig noch einmal die Grenzen des Friedens von Riga anzuerkennen.

Wenn man also den ernsthaften Versuch unternehmen sollte, in Genua weiter zu arbeiten, so käme das lediglich auf eine Verlängerung des Todeskampfes dieser schön gedachten Konferenz hinaus. Die Franzosen sind jetzt, wo sie viel erreicht zu haben glauben, etwas unentschlossen über ihre weitere Haltung. Das Pariser Kabinett hat Herrn

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220514017/fragment/page=0001

Barthou anheim gegeben, seine etwaige Adresse aus Genua selbst zu bestimmen. Gleichzeitig macht man von Paris aus Stimmung gegen den Friedenspakt. Barthou hütet sich in Genua freilich vor einer ähnlichen Stellungnahme. Wenn aber Lloyd George jetzt seine Bemühungen um den Pakt fortsetzen sollte, so werden vermutlich schon die Vorbesprechungen die oben skizzierten Schwierigkeiten aufreißen lassen. Hat es Zweck, die Konferenz noch im Stadium der Agonie aufliegen zu lassen? Die Frage wird zweifellos von den Franzosen verneint werden. Sie haben erreicht, was sie erreichen wollten. Jetzt noch durch einen Eklat abermals die ganze Gegnerschaft der zivilisierten Welt gegen sich aufzubringen, ist ein undankbares Geschäft. Sie werden, wenn Lloyd George die Verhandlungen noch etwas hinzieht, die sachlichen Schwierigkeiten nicht von selber entwickeln lassen. Und wenn dann wirklich noch ein Pakt herauskommen wird, dann dürfte er eine fatale Aehnlichkeit mit dem Messer ohne Klinge haben, dem das Heft fehlt. Eine Resolution ist ja ebenso ungefährlich wie ein Ausschuß. Und wenn Genua, wie jetzt zu erwarten ist, mit dem Russenausschuß und einer allgemeinen Friedensresolution abschließt, dann kann niemand über den negativen Charakter der ganzen Konferenz im Zweifel sein.

Der Städtetag über Arbeitsgerichte.

Der Vorstand des deutschen Städtetages befaßte sich in seiner Sitzung in Aachen u. a. mit dem Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß sowohl die Arbeitsgerichte, als auch die Schlichtungsstellen den ordentlichen Gerichten angegliedert werden müßten. Durch die Angliederung an die Justiz werde nicht nur eine grundsätzlich anzustrebende schärfere Trennung von Justiz und Verwaltung erreicht, sondern zugleich dem sozialen Frieden gedient, so daß den Justizbehörden in stärkerem Maße der Anschluß an das Wirtschaftsleben wieder ermöglicht wird. Ferner beschäftigte sich der Vorstand mit der neuesten Besoldungsregelung des Reiches. Der Personalausschuß soll die Gestaltung der Besoldung in ihrer jetzigen Form und in ihrer sozialen und verwaltungspolitischen Wirkung eingehend prüfen, für ihre künftige Gestaltung Vorschläge ausarbeiten und der Reichsregierung vorlegen.

Der Postetat vor dem Reichstag.

209. Sitzung.

Berlin, 13. Mai.

Im Reichstag nahm heute der Postetat das Hauptinteresse in Anspruch.

Abg. Taubadel (Soz.) wirft dem letzten Reichstag des kaiserlichen Deutschland vor, nicht an eine Erhöhung des Tarifs gedacht zu haben. Dann wäre uns die jetzige sprunghafte Erhöhung der Gebühren erspart geblieben. Angesichts der abermals bevorstehenden Portoerhöhung sei es Pflicht der Verwaltung, Ersparnisse zu machen, durch Vereinfachung des Betriebes, Ausnutzung technischer Einrichtungen und kaufmännisches Disponieren beim Materialeinkauf. Wenn sich auch die Beamtenschaft von 267 000 auf 410 000 Personen vermehrt habe, könne seine Partei sich auf eine Verringerung des Personals in dem Maße nicht einlassen, wie es die bürgerlichen Parteien wünschen. Auch am 8-Stundentag muß festgehalten werden.

Abg. Altstötte (Zentr.) tritt für die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen Beamtenschaft und Verwaltung ein und fordert für Oberpostsekretäre, Postvermalter und Telegraphenbauführer, die das Zeugnis für Obersekretäre haben und nur nach abgelegter Prüfung nach Gruppe 8 kommen können, das gleiche Recht wie für Amtssekretäre, die mit bloßer Volksschulbildung ohne weiteres zu Gruppe 8 zählen. Auch der Postbetrieb müsse

mit weniger leitenden Personen auskommen

können. Auch er halte am 8-Stundentag fest, soweit vollwertige Arbeit geleistet werde, lehne es aber seine schematische Anwendung ab. Hausfrauen und Mütter seien im Postbetrieb geradezu unmöglich, da sie durchschnittlich im Jahr 162 Tage fehlen.

Abg. Körner (Z.n.) wendet sich gegen die Gebührenpolitik der Post, die überall nur Verärgerung schaffe. Die Anpassung an die Geldentwertung sei freilich unvermeidlich, aber sie müsse allmählich erfolgen. Jeder Beamte müsse seine volle Arbeitskraft einsetzen, und die Reichspost selbst sich an der sparsamen Wirtschaft ein Beispiel nehmen, wie es die Württembergische Post gegeben habe. Redner kritisiert dann die Briefmarken, die er geschmacklos nennt.

Reichspostminister Giesberts: Die Wahlen der Beamtenausschüsse sind nötig geworden, und es liegt kein Grund vor, sich der Wahl zu enthalten. Politische Gesinnungschnüffelei unter den Postbeamten werde ich niemals dulden. Wir müssen nur die Ausführung der Notstandsarbeiten bei einem etwa drohenden Streik sicher stellen. Die vom Abg. Körner kritisierten Briefmarken sind von den ersten Künstlern begutachtend ausgewählt.

Montag nachmittag 2 Uhr Wetterberatung und Interpellation der Unabhängigen wegen des Verhaltens der Schupo bei den Berliner Rathausdemonstrationen.

*

Der Aeltestenrat des Reichstags hat sich entschlossen, in der nächsten und übernächsten Woche die Plenarsitzungen von 11 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends auszudehnen, um bis zum 31. Mai mit dem Etat und mit der großen politischen Debatte anläßlich der Konferenz von Genua fertig zu werden. Wann der auswärtige Ausschuß berufen werden kann, steht noch nicht fest.

Entdeckung einer geheimen Funkenstation.

Hamburg, 12. Mai.

Im Zentrum von Hamburg beschlagnahmte die Polizeibehörde eine geheime Funkenstation. Drei Personen wurden verhaftet. Wie nachträglich das Wolffsche Bureau meldet, diente der Apparat zur Abfangung von Börsenmeldungen aus dem Lande. Die Meldungen wurden den Bankfirmen gegen hohen Gewinn zur Verfügung gestellt. Der festgenommene Hauptbeteiligte suchte sich dahin auszureden, daß der Apparat lediglich ausprobiert und dann ins Ausland ausgeführt werden sollte. Alle Gerüchte, daß der Apparat politischen Zwecken diente, sind unbegründet.

Weiter wird mitgeteilt: Die Untersuchung ergab, daß es sich um Handelsspionage handelt. Es wurde reichliches Material beschlagnahmt, darunter auch ein Code zur Entzifferung aufgefangener Funksprüche. Vier Personen wurden verhaftet, die in Berlin wohnen. Drei sind Kaufleute, der vierte Lehrer. Weitere Festnahmen stehen in Berlin bevor. — Der Apparat gehört einem Berliner Konsortium.

Deutsches Reich.

Die Beratungen über das Beamtenrätegesetz ergebnislos. Der Beamtenausschuß des Reichstages beendete am Freitag die erste Lesung des Beamtenrätegesetzes. Sämtliche Abänderungsanträge zu den restlichen Paragraphen wurden abgelehnt, ebenso sämtliche Paragraphen der Regierungsvorlage, die noch zur Beratung standen. Damit ist die Regierungsvorlage erledigt. Die Regierungsparteien müssen nun ihrerseits zu einer Verständigung kommen. Die Entscheidung liegt beim Zentrum, in dem bekanntlich zwei Strömungen vorhanden sind. Es wird sich zeigen, ob die gesetzesfreundliche Richtung die Oberhand bekommt oder die andere, die mit Deutschnationalen und Volkspartei ein Scheingesetz schaffen will, das keinen Anspruch auf eine vernünftige Regelung der Beamtenvertretung erheben kann.

Fälschungen zum Schaden Deutschlands.

Ein abgeschlossener und ein werdender politischer Prozeß lenken die allgemeine Aufmerksamkeit wieder einmal auf das gemeingefährliche Treiben der äußersten Linken, deren Führer oft in Verkennung der Wirklichkeit oder aus blindem Haß gegen die bürgerliche Ordnung eine politische Großtat auszuführen glauben, aber statt dessen das gesamte deutsche Volk in der schlimmsten Weise zu Schaden bringen. An den Ausgang des Prozesses Fechenbach-Coßmann knüpfen immer weitere Kreise die Hoffnung, daß damit die Lüge von der Schuld Deutschlands am Weltkriege auch im Auslande schwinden werde. Das ist eine Illusion.

Wenn durch den Prozeß Fechenbach-Coßmann — was jeder Deutsche ja schon lange weiß — jetzt authentisch festgestellt worden ist, daß Deutschland keinen Krieg wollte, so ist damit noch lange nicht die Kriegsschuld Deutschlands in den Augen der Entente und ihrer Anhänger aus der Welt geschafft. Wenn die Entente die Kriegsschuld Deutschlands gerecht hätte prüfen wollen, dann hätte sie dazu schon lange genug Gelegenheit gehabt und nicht einen an sich nebensächlichen Beleidigungsprozeß in München abzuwarten brauchen. In den Ländern unserer ehemaligen Feinde wird man über die Feststellungen des Münchener Gerichtshofes mit einem Achselzucken hinweggehen. Man hat wohl die Fälschungen Eisners benutzt, weil man sie gut gebrauchen konnte, aber man wird sich um ihre Widerlegung nicht viel kümmern, weil diese für die Entente ohne Nutzen ist.

Ueber den werdenden Prozeß, der uns vielleicht, wenn die polizeiliche Untersuchung abgeschlossen ist und die Verhandlung vor Gericht durchgeführt ist, mehr Nutzen bringen wird, herrscht noch keine volle Klarheit. Wie behauptet wird, hat Anspach, der sich zur kommunistischen Partei zählt, die Täuschung der Ententemächte begangen, weil es ihn freute, eine so wichtige Rolle spielen zu können, dann hätte man in ihm wohl den Typ eines herostratischen Narren vor sich. Vielleicht war aber für Anspach, der Mitglied des Spartakusbundes war, doch auch die Absicht mit maßgebend, durch den Einfluß der Ententemächte eine derartige Schwächung der deutschen Militär- und Polizeimacht herbeizuführen, daß schließlich die Bolschewisten ihre umstürzlerischen Ideen auch in Deutschland zur Durchführung bringen konnten. Dann hätte man es in ihm mit einem gefährlichen politischen Verbrecher zu tun. Doch mag das eine oder das andere der Fall gewesen sein, das Deutsche Reich und das deutsche Volk wurden auf alle Fälle durch die Frevel-taten Eisners und Anspachs auf das Schwerste geschädigt und die Unabhängigen und Kommunisten dürfen sich nicht wundern, wenn sich bei Feststellungen, wie sie im Fall Eisner und im Fall Anspach gemacht wurden, im deutschen Volke die stärkste Erbitterung gegen ihre vaterlandsfeindliche Politik geltend machen wird.

*

Auch Genua schon in Arkeit!

Der Urkundenfälscher Ansbach erzählte vor seiner Verhaftung einer ganzen Reihe von Zeugen, daß er jetzt auch an Dokumenten für Genua arbeite. Diese Dokumente sollten den Nachweis der deutschen Zahlungsfähigkeit erbringen. Ansbach kaufte, um Unterlagen für seine „Dokumente" zu schaffen, verschiedene Werke über das Wirtschaftsleben. Höchstwahrscheinlich ist, daß Ansbach tatsächlich auch derartige Dokumente fälschte. Da jedoch bei ihm keinerlei solche vorgefunden wurden, ist anzunehmen, daß er sie bei anderen Leuten in Verwahrung gab, wie er z. B. auch frühere Fälschungen bei Pfandleihern unter Angabe falscher Namen hinterlegte.

Sport-Berichte

Die Rennen des Sonntags.

Berlin-Grunewald.

Preis von Jeschtendorf: Magnare—Marotte; Oberhof-Rennen: Graf Ferry—Flüchtling; Jedfool-Ausgleich: Anemone—Einbart; Henkel-Rennen: Lentulus—Hausfreund; Perle-Rennen: Trugschluß—Casa Bianca; Edgardo-Rennen: Geiser—Rabenlocke; Gouverneur-Ausgleich: Lall—Räuberhauptmann.

Hannover:

Amsel-Rennen: Renata—Dolce; Drossel-Rennen: Reinweiß—Jo; Turmfalke-Jagdrennen: Heckenrose—Kabine; Herkenier-Rennen: Herkenier—Wacholbart; Zeisig-Rennen: Kinnan—Abendturm; Fresie-Rennen: Wirbel—Salas y Gomez; Preis der Stare: Contrabent—Basilisk.

Düsseldorf:

Neanderthal-Jagdrennen: Serenade—Gorgo; Preis von Gerresheim: Raugraf II—Pelzmaus; Jodesbusch-Jagdrennen: Wag'es—Anführer; Haedel-Rennen: Kniepsperchen—Elf; Grafenberger-Jagdrennen: Muiterkabe—Felbstein; Schwanenspiegel-Ausgleich: Eierbecher—Siebenschläfer; Haus Roland Jagdrennen: Carlchen—Golconda.

Wiesbaden:

Eröffnungs-Hürdenrennen: Kokolores—Turteltaube; Frühlings-Rennen: Stall Opel—Stall Lindenberg; Kronsal-Preis: First Rose—Palestrina; Verkaufs-Jagdrennen: Cäsar—Julia Cairo; Kahlbaum-Preis: Stall Opel—Orne; Mai-Jagdrennen: Cheruskar II—Carlsminde; Blüten-Preis: Biedermann—Berggeist.

Hockeykampf West—Mitteldeutschland.

Anläßlich der Tagung des Deutschen Hockeybundes am 28. Mai in Düsseldorf findet ein Privatspiel zwischen den Repräsentativmannschaften von West- und Mitteldeutschland statt.

Thüringen schlägt den Saale-Elbkreis 2:1 (1:0).

Vor ungefähr 2000 Zuschauern standen sich am gestrigen Sonnabend auf dem Platze des Sportvereins 98 eine kombinierte Mannschaft des Saale- und Elbekreises und des Kreises Thüringen gegenüber. Die beiderseitigen Leistungen waren teilweise recht gering. Man merkte es allzu deutlich, daß zwei zusammengewürfelte Mannschaften gegeneinander kämpften, von denen wohl keiner ein großes Interesse am Ausgang hatte. Die Spieler des Saale- und Elbekreises waren wohl technisch etwas besser als der Gegner und den größten Teil des Spieles im Angriff, aber vor dem Tore viel zu unentschlossen. Dabei soll aber auch nicht unerwähnt bleiben, daß Carl, Erfurt, im Tore der Thüringer sein Heiligtum geschickt verteidigte und mehr als einmal Proben seines hohen Könnens gab.

Die kombinierte Mannschaft war anfangs etwas im Vorteil. Nachdem Förderer einen Elfmeter nicht hatte verwandeln können, kam Thüringen mehr in Schwung, so daß das Spiel offener wurde. Zu Toren reichte es aber auf beiden Seiten zunächst nicht. Kurz vor dem Seitenwechsel führte ein Angriff der rechten Seite Thüringens zum ersten Tore. Nach der Pause spielte sich der Kampf fast ausschließlich vor dem Tore Thüringens ab. Aber Carl war schier unüberwindlich. Nachdem dann ¼ Stunde vor Schluß Thüringen zu einem zweiten Erfolge gekommen war, schien es, für die kombinierte Mannschaft die Stunde gekommen zu haben. Söhne verwandelte einer der vielen Chancen zum Ehrentor.

Um die Erhöhung der Liga.

Der Saalegau im V. M. B. B. hatte zum Freitag abend einen außerordentlichen Gautag einberufen, in dem man der Anregung des Kreisvorstandes, die Saalekreis-Liga auf 16 Vereine zu erhöhen, Stellung nehmen wollte. Die alte Liga erklärte sich geschlossen gegen diese Erweiterung, während der größte Teil der übrigen Vereine dem Vorschlage sympathisch gegenüberstand. Das kam auch in der Abstimmung zum Ausdruck. 51 Stimmen waren für Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes, 31 dagegen.

Aus dem Abstimmungsergebnis läßt sich folgern, daß der Antrag des Kreisvorstandes am kommenden Sonnabend dem außerordentlichen Kreistag Burgheim wird. Welche Folgen das haben wird, läßt sich noch nicht übersehen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß sich die alte Liga dann von dem Verbandsspielen zurückziehen wird, und unter sich Polalitäten zum Austrag bringt. Mit der Amtsniederlegung derjenigen Vorstandsmitglieder im Kreise, die der halischen Liga angehören, ist ebenfalls zu rechnen.

Hallescher Schwimmverein von 1902 e. V. Heute, Sonntag, den 14. Mai 1922, Ausflug für die ordentlichen Mitglieder nach Beesen-Ammendorf. Treffpunkt: Rannischer Platz, 3 Uhr nachmittags, Rast im Goldenen Adler, Ammendorf; zahlreiche Beteiligung erwünscht.

Aus aller Welt

Der Mann für alles.

In der Frankfurter Zeitung findet sich folgendes Inserat: O tempora . . . Ernsthaft! Dr. phil., bester Herkunft, in Hausarb. erf., Kinderlieb, sucht sofort geg. Beträtig. als Hausmädch., Hausdien., Heizer, Kohlentrimmer, Stenotypist, Bibliothekar, Archivar, Portier oder ähnliches, eventl. möbl. Zim. od. Mans. Offerten unter W. 979 an die Exp.

Schwerer Unfall des Berlin-Warschauer D-Zugs.

Der aus Berlin kommende internationale Schnellzug, der sich auf dem Wege nach Warschau befand, erlitt Freitagmorgen zwischen den Stationen Otoz und Depiewo einen schweren Unfall. Die Lokomotive wurde vollständig vernichtet und außerdem drei Wagen beschädigt. Der Lokomotivführer war auf der Stelle tot, der Heizer erlag nach zwei Stunden seinen schweren Verletzungen. Außerdem wurden ein Schaffner schwer und einer leicht verletzt. Von den Reisenden wurde keiner verletzt. Die Ursache der Katastrophe ist in einer absichtlichen Lockerung der Schienen zu suchen.

Schlafende Schönheiten. Nach englischen Zeitungsmeldungen scheinen sich die Engländerinnen überraschend schnell an eine neue Mode des Photographierens zu gewöhnen, sich nämlich im Schlaf photographieren zu lassen. Es läßt sich nicht leugnen, daß diese Bilder recht anmutig und graziös erscheinen. Die neueste Mode schreibt vor, daß die Engländerin im Negligee auf dem Diwan mit unter dem Kopf gekreuzten Armen liegt, wobei das weiche, lange Haar in künstlerischer Unordnung das Gesicht umrahmt. Die Augen sind geschlossen. Diese Aufnahmen haben den großen Vorzug, daß jede gezwungene Miene und jeder gemachte Gesichtsausdruck fortfällt. Darum erscheinen diese Modephotographien auch überaus natürlich, wodurch sie besonders an Wert gewinnen.

Zum Wiederverrückt-werden. Ein Oesterreicher, der 1915 plötzlich geistig erkrankt war und den Krieg und die Revolution in einer Irrenanstalt bei Wien versäumt hatte, konnte vorgestern als geheilt entlassen werden. In der Freude über seine neue Freiheit tat er, was die meisten älteren Oesterreicher da getan hätten: er mietete eine Droschke und ließ sich in den schönen Prater fahren. Dort angelangt, stieg er aus und fragte nach dem Fahrpreis. „18 000 Kronen" forderte der Kutscher. Der Geheilte wurde blaß. „Lieber Mann," sagte er stirnrunzelnd, „das ist schrecklich, das habe ich nicht vorausgesehen, und ich habe jetzt nur ein 20-Kronen-Stück bei mir." Der Kutscher sah das Goldstück und antwortete grob: „Nachher, was wollen's denn? Da kriegen's noch 18 000 Kronen retour." Dem Geheilten fiel der Unterkiefer herab. „Bitte," sagte er leise, „fahren Sie mich für die 18 000 Kronen wieder in die Anstalt zurück."

Brand im Stettiner Hafen. Freitag nacht brach im Freihafen in Schuppen vier aus bisher unaufgeklärter Ursache Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit über das ganze Gebäude ausbreitete. Größere Mengen Schmalz fielen dem Feuer zum Opfer. Der Schaden wird auf mehrere Millionen Mark geschätzt. Die Feuerwehr ist noch am Brandplatz tätig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19220514017/fragment/page=0002